

Das Pressegesetz.

Mit den vom Landtage angenommenen und vom Staatspräsidenten am 12. April 1924 veröffentlichten Abänderungen des Pressegesetzes.

1. In Lettland besteht Pressefreiheit in den Grenzen dieses Gesetzes.

2. Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber einer periodischen Edition kann jeder lettländische Bürger, gleichviel welchen Geschlechts, sein, der nicht jünger als 25 Jahre ist, dessen Rechte nicht durch Gerichtsurteil beschränkt sind, und der nicht vor Gericht oder in Untersuchung steht wegen Verbrechen, für die eine Strafe droht, welche mit Verlust oder Beschränkung der Rechte verknüpft ist. Ist der Herausgeber eine juristische Person, so hat auch deren Vertreter den Anforderungen dieses Artikels zu genügen.

Anmerkung 1: Als periodische Editionen gelten im Sinne dieses Gesetzes solche, die unter einer und derselben Benennung periodisch, nicht seltener als alle drei Monate, erscheinen.

Anmerkung 2: Ein Glied des Ministerkabinetts kann nicht verantwortlicher Redakteur einer periodischen Edition sein.

Anmerkung 3: Mit Erlaubnis des Innenministers kann auch ein Ausländer verantwortlicher Redakteur und Herausgeber einer periodischen Edition sein.

3. Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Edition muss seinen ständigen Wohnort in Lettland haben.

4. Jeder, der eine periodische Edition herauszugeben wünscht, hat dem Innenministerium eine Anmeldung einzureichen, in der anzugeben ist: a) die Benennung der Edition und ihr Charakter (politisch, literarisch, technisch usw.); b) Familien- und Vorname, Alter, Staatsangehörigkeit und ständiger Wohnort des verantwortlichen Redakteurs und des Herausgebers; wenn der Herausgeber eine juristische Person ist, so sind diese Daten über den verantwortlichen Vertreter anzugeben; c) die Druckerei, in der die Edition gedruckt wird; d) Zeit des Erscheinens der Edition (täglich, wöchentlich usw.); e) Sprache, in der die Edition erscheint.

Der Anmeldung des Herausgebers ist auch ein Schreiben des Redakteurs beizufügen, in dem dieser bezeugt, dass er die Verantwortung für die Redaktion der periodischen Edition oder eines Teils übernimmt, und dass er den in Art. 2 dieses Gesetzes gestellten Anforderungen entspricht.

5. Eine periodische Edition kann zu erscheinen beginnen, sobald das Innenministerium mitgeteilt hat, dass dem keine Hindernisse im Wege stehen, die auf den Artikeln 2—4 gegründet wären. Diese Mitteilung ist demjenigen, der die Anmeldung eingebracht hat, spätestens binnen 14 Tagen nach Empfang der Anmeldung zu überreichen, und zwar in zwei Exemplaren. Die Druckerei darf die periodische Edition erst nach Empfang dieser Mitteilung erscheinen lassen. Auch eine ablehnende Antwort des Innenministeriums muss binnen 14 Tagen gegeben werden.

Anmerkung: Wenn das Innenministerium binnen 14 Tagen weder die zustimmende Mitteilung gemacht, noch eine ablehnende Antwort gegeben hat, so können der Herausgeber und die Druckerei die periodische Edition erscheinen lassen.

6. Die in Art. 5 erwähnte Mitteilung macht das Innenministerium nicht: a) wenn die in Art. 4 erwähnten Daten falsch sind; b) wenn der Herausgeber oder der Redakteur den in Art. 2 gestellten Anforderungen nicht genügt; c) wenn eine Edition unter derselben Benennung schon erscheint oder bereits früher angemeldet ist; d) wenn eine Edition unter derselben Benennung sistiert oder durch Gerichtsbeschluss verboten ist. Sollten sich die in Art. 4 verlangten Daten später als falsch erweisen, wenn die zustimmende Mitteilung schon gemacht ist,

so kann der Innenminister das Erscheinen der Edition sistieren und die Erlaubnis zurückziehen.

7. Wenn eine periodische Edition bereits erscheint, kann eine Aenderung der in Art. 4 verlangten Voraussetzungen erst dann zugelassen werden, nachdem das Innenministerium eine ergänzende Mitteilung hierüber gemacht hat, was im Fall eines Wechsels des verantwortlichen Redakteurs oder des Herausgebers in zwei Wochen, bei Aenderung der Benennung, des Charakters, der Druckerei, der Sprache oder des Modus des Erscheinens — in drei Tagen zu geschehen hat. Wenn der verantwortliche Redakteur gestorben ist oder seinen Posten plötzlich verlassen hat, kann der Herausgeber selbst die Obliegenheiten des verantwortlichen Redakteurs übernehmen, wovon er das Innenministerium in Kenntnis zu setzen hat. Binnen sieben Tagen hat er aber dem Innenministerium in der in Art. 4 festgesetzten Ordnung einen neuen Redakteur vorzustellen, widrigenfalls die Edition sistiert wird.

8. Wenn mit der Herausgabe einer periodischen Edition im Laufe eines Jahres nach der in Art. 5 erwähnten Anmeldung nicht begonnen wird, oder das Erscheinen auf länger als ein Jahr unterbrochen wird, so verliert die zustimmende Mitteilung des Ministeriums ihre Kraft.

9. Auf jedes Exemplar der periodischen Edition sind Adresse der Druckerei und der Redaktion sowie Familien- und Vorname des verantwortlichen Redakteurs und des Herausgebers zu drucken.

10. Auf allen nichtperiodischen Editionen sind Firma und Adresse der Druckerei anzugeben, und, wenn die nichtperiodische Edition für den Buchhandel bestimmt ist, auch der Familienname des Verlegers oder die Benennung des Verlages.

11. Von einer periodischen oder nichtperiodischen Edition hat der Herausgeber sofort, gleichzeitig mit dem Erscheinen, gegen Quittung je zwei Exemplare in Riga dem Innenministerium, anderwärts dem örtlichen Polizeichef zuzustellen, je ein Exemplar direkt der lettländischen Hochschule und der Rigaschen Stadtbibliothek und sechs Exemplare direkt der Staatsbibliothek; von diesen sind drei Exemplare für ausländische Bibliotheken bestimmt. Gleichzeitig muss dem Innenministerium resp. dem Polizeichef die Zahl der gedruckten Exemplare der nichtperiodischen Edition angegeben werden.

Anmerkung. Die Bestimmungen dieses Artikels beziehen sich auch auf diejenigen periodischen und nichtperiodischen Editionen, die lettländische Verleger in ausländischen Druckereien haben herstellen lassen.

12. Periodische Editionen haben unentgeltlich und unverändert Dementis oder Berichtigungen beleidigter Personen oder Institutionen abzdrukken; Tageszeitungen — binnen drei Tagen nach Empfang des Dementis oder der Zurechtstellung, die anderen periodischen Editionen — in der nächsten noch nicht abgeschlossenen Nummer. Das Dementi oder die Zurechtstellung darf nicht länger sein als der beleidigende Artikel, es dürfen darin nicht beleidigende oder den Strafgesetzen zuwiderlaufende Aeusserungen enthalten sein; sie dürfen nicht polemischen Charakters sein, sondern haben sich auf Tatsachenangabe zu beschränken. Dementis und Zurechtstellungen müssen vom Absender unterschrieben sein. Redaktionelle Anmerkungen im Text der Dementis und Zurechtstellungen sind nicht zulässig. Dementis und Zurechtstellungen müssen in derselben Rubrik der Edition veröffentlicht werden, in welcher der beleidigende Artikel gestanden hat, und dürfen nicht mit kleinerer Schrift gedruckt sein.

13. Private Ausgaben von Gesetzen, Regierungs- und Selbstverwaltungsverfügungen müssen mit dem Vermerk „Inoffizielle Ausgabe“ versehen sein.

14. Ueber geschlossene Sitzungen des Landtages und über Prozesse, die hinter geschlossenen Türen verhandelt werden, darf in der

• Presse nicht ohne die Erlaubnis des Landtagpräsidiums bzw. des Vorsitzenden der Gerichtsverhandlung berichtet werden.

15. In Verleumdungsprozessen, in denen das Gesetz dem Angeklagten nicht das Recht gibt, Beweise für die Richtigkeit der beleidigenden Behauptungen anzuführen, darf in der Presse nur das Gerichtsurteil mitgeteilt werden. Sonstigen Bericht kann der Gerichtsvorsitzende nur auf Ansuchen des Verleumdeten gestatten.

16. Ueber Prozesse dürfen vor der Gerichtsverhandlung oder vor der Niederschlagung des Prozesses keine Daten veröffentlicht werden, die dem Untersuchungsmaterial entnommen sind; auch darf der Inhalt der Anklageakte nicht vorher veröffentlicht werden.

17. Der Innenminister hat das Recht, im Einvernehmen mit dem Kriegsminister in Zeiten des Krieges oder der drohenden Kriegsgefahr auf bestimmte Zeit Veröffentlichungen in der Presse über die lettländischen Truppen und Seestreitkräfte, sowie über die Mittel und Einrichtungen zur äusseren Verteidigung des Staates zu verbieten.

• 18. Der Innenminister hat das Recht, aus dem Auslande eingetroffene Erzeugnisse polygraphischer Anstalten zu konfiszieren oder die Einfuhr bestimmter periodischer Editionen aus dem Auslande zu verbieten, falls deren Inhalt nach lettländischen Gesetzen verbrecherisch ist.

Anmerkung. Nicht zu konfiszieren sind: inländische und ausländische Erzeugnisse polygraphischer Anstalten, die an den Landtag und dessen Abgeordnete, oder an die Bibliotheken des Staates, der Hochschule und der Stadt Riga adressiert sind. Ebenso sind solche Drucksachen nicht zu konfiszieren, wenn sie in nicht mehr als einem Exemplar an wissenschaftliche Vereine und Institute sowie an Zeitungsredaktionen gerichtet sind.

19. Periodische und nichtperiodische Editionen werden beschlagnahmt, konfiszirt und sistirt und die Schuldigen werden zur gerichtlichen Verantwortung gezogen in der im Kriminalprozessgesetz vorgesehenen Ordnung.

20. Presseangelegenheiten verwaltet und Instruktionen in den Grenzen dieses Gesetzes erlässt der Innenminister.

• Hierdurch werden das Presse- und Zensurgesetz vom Jahre 1890 nebst den Ergänzungen von 1912, sowie die Beschlüsse der Provisorischen Russischen Regierung vom 27. April und 12. Juli 1917 über die Presse aufgehoben.

Riga, den 12. Februar 1924.

(gez.): Staatspräsident J. Tschakste.

GESETZ ÜBER DIE MASSENMEDIEN UND ANDERE KOMMUNIKATIONSMITTEL

1.) Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1, Freiheit der Presse

In der Republik Lettland haben jede Person, die Personengruppen, die Organe staatlicher Institutionen und Betriebe und die Organisationen aller Art, das Recht, ihre Ansichten und Meinungen frei zu äußern.

Zensur und Monopolisierung der Presse und anderer Massenkommunikationsmittel ist nicht gestattet

Artikel 2 Presse und Massenkommunikationsmittel

Übereinstimmend mit dem gegenwärtigen Gesetz der Presse und Massenkommunikationsmittel sind Presse und Massenkommunikationsmittel: Zeitungen, Bulletins und andere periodische Veröffentlichungen (nicht seltener als einmal in drei Monaten mit einer Mindestauflage von 100 Exemplaren), genauso Fernsehen und Radiosendungen, Wochenschauen, Agenturnachrichten, audiovisuelle Aufzeichnungen, Programme und Ankündigungen für Publikationen.

Die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes beziehen sich nicht auf Instruktionen, normativen Akten von Organen der staatlichen Macht und Verwaltung, periodische gesetzliche Bulletins und Schiedssprüche, Materialien, Lehrbücher und Herausgaben wissenschaftlicher Institutionen.

Artikel 3 Rechtlicher Status

Der Verleger und der Herausgeber und die Redaktion von Massenkommunikationsmitteln kann eine Person sein.

Artikel 4 Tätigkeit der Massenkommunikation

Massenkommunikationsmittel sammeln, verarbeiten und verbreiten Informationen in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Republik Lettland.

Es ist nicht gestattet in die Tätigkeit der Massenkommunikationsmittel einzugreifen.

Mit dem Ziel der Gewährleistung und Erhaltung der Pressefreiheit für die Betriebe, Institutionen und Organisationen sind ökonomische Tätigkeiten, die mit der Vielfältigung periodischer Veröffentlichungen zusammenhängen, verboten, die Empfang und Durchführung des Auftrags einer zu veröffentlichenden Auflage aus politischen Gründen verhindern.

Artikel 5 Das Recht auf Information

Massenmedien haben das Recht von staatlichen und öffentlichen Organisationen Informationen zu erhalten.

Artikel 6 Verweigerung von Informationen

Amtspersonen staatlicher oder öffentlicher Organisationen können nur Informationen verweigern, wenn sie nicht der Veröffentlichungspflicht nach dem Artikel 7 dieses Gesetzes unterliegen.

Artikel 7 Informationen, die nicht der Veröffentlichungspflicht unterliegen

Es ist verboten, Informationen über staatliche oder andere gesetzlich geschützte

Geheimnisse, Aufrufe zu Gewalt oder Sturz der derzeitigen Regierung, Kriegspropaganda, Grausamkeit, Rassismus, Nationalismus, religiöse Ausschließung oder Aufwieglung zur Ausübung von anderen Verbrechen zu veröffentlichen.

Material aus Untersuchungsverfahren unterliegt nicht der Publikation ohne die schriftliche Entscheidung des Staatsanwalts. Während des Prozesses einer Verhandlung wird kein Material zur Verfügung gestellt, welches gegen die voreinimmt. Bei der Eröffnung des Gerichtsverfahrens können Aufzeichnungen mit Einsatz technischer Mittel von den Journalisten gemacht werden, wenn diese nicht den Fortgang des Prozesses behindern.

Es ist verboten, den Inhalt von Briefen, Telefongesprächen und telegrafischen Mitteilungen ohne Einverständnis des Adressaten, des Absenders oder ihrer Nachkommen zu veröffentlichen.

Der Einsatz von Massenmedien mit dem Ziel sich in das persönliche Leben eines Menschen einzumischen ist verboten oder strafbar nach dem Gesetz. Es ist verboten, Informationen zu veröffentlichen, welche Ehre und Würde von physischen oder juristischen Personen verleumden oder Verleumdungen beinhalten.

Es ist verboten, herabwürdigend den gesundheitlichen Zustand von Personen ohne deren Einverständnis zu veröffentlichen.

Es ist verboten, kommerzielle oder patentierte Geheimnisse zu veröffentlichen ohne Einverständnis des Eigentümers.

2.) Die Einrichtung und das Einstellen von Massenmedien

Artikel 8 Einrichtung

Juristische und arbeitsfähige physische Personen aus der Republik Lettland haben das Recht Massenmedien einzurichten oder herauszugeben.

Die Beziehungen zwischen Verleger oder Herausgeber und der Redaktion sind vertraglich festgelegt.

Artikel 9 Registrierung

Massenmedien werden beim Justizministerium der Republik Lettland registriert. Der Verleger eines Massenmediums stellt den Antrag. Herausgeber und Redaktion können auch den Antrag stellen, wenn das vertraglich mit dem Verleger so vorgesehen wurde.

Die Zulassung erfolgt nach der Prüfung innerhalb von zehn Tagen nach der Beantragung

Im Antrag müssen folgende Angaben gemacht werden:

- 1.) Gründer, Herausgeber, Redaktion
- 2.) Der Name des Massenmediums
- 3.) Aufgabe und Tendenz des Massenmediums
- 4.) Das Verbreitungs- oder Sendegebiet, in welchem größtenteils der Vertrieb oder die Verbreitung des Massenmediums vorgesehen ist.
- 5.) Die erste vorgesehene periodische Ausgabe und die Auflage des Massenmediums
- 5.) Die Adresse der Redaktion des Massenmediums

Es wird einmalig eine Gebühr für die Registrierung erhoben und dafür eine Bestätigung ausgestellt.

Der Verleger (Herausgeber) hat innerhalb eines Jahres, ab dem Tag der Registrierung, das Recht die begonnene Tätigkeit des Massenmediums fortzusetzen.

Artikel 10 Verweigerung der Registrierung

Das Justizministerium kann die Registrierung eines Massenmediums verweigern, wenn

- 1.) die Forderungen aus Artikel 4, 8 und 9 nicht eingehalten werden.

2.) im Antrag unwahre Angaben gemacht wurden.

In der Republik Lettland ist es verboten, einen schon existierenden Namen zu verwenden, ansonsten wird die Tätigkeit des Massenmediums nach Beschluss des Gerichts eingestellt.

Die Begründung der Ablehnung einer Registrierung eines Massenmediums muss innerhalb von fünf Tagen in schriftlicher Form mitgeteilt werden. Es kann Berufung in gesetzlichem Rahmen eingelegt werden.

Artikel 11 Einstellen der Tätigkeit

Die Tätigkeit eines Massenmediums wird eingestellt, wenn

- 1.) der Verleger, der Herausgeber oder die Redaktion vertraglich die Tätigkeit des Massenmediums einstellen.
- 2.) das Massenmedium im Zeitraum eines Jahres nicht erschienen ist.
- 3.) gerichtlich das Einstellen der Tätigkeit des Massenmediums entschieden wird. Sollte ein Massenmedium eingestellt werden nach Punkt 1.) oder 3.), muss der Leiter des Massenmediums oder das Gericht dem Justizministerium dies innerhalb von drei Tagen nach Einstellen des Massenmediums mitteilen.

Artikel 12 Einstellung der Tätigkeit durch gerichtlichen Beschluss

Der Staatsanwalt, der Justizminister und der Finanzminister der Republik Lettland haben das Recht, eine gerichtliche Prüfung der Frage einer Einstellung der Tätigkeit eines Massenmediums zu erwirken, wenn es

- 1.) einen Aufruf zu kriminellen oder anderen ungesetzlichen Handlungen veröffentlichte,
- 2.) einen Aufruf zum Ungehorsam gegen das Gesetz der Republik Lettland veröffentlichte,
- 3.) die Steuern an die Republik Lettland nicht in vorgeschriebenem Zeitraum und Höhe gezahlt wurden und sich nicht der finanziellen Kontrolle durch staatliche Einrichtungen unterwirft,
- 4.) Informationen veröffentlichte, welche auf ungesetzliche Weise Verleumdung, Beleidigung, Verbreitung staatlicher Geheimnisse, Kriegspropaganda, Rassen- und Nationalitätendiskriminierung bekennen,
- 5.) Innerhalb eines Jahres wieder das Gesetz übertreten.

Artikel 13 Kontrolle der Einstellung der Tätigkeit

Wenn nach gerichtlichem Beschluss die Tätigkeit eines Massenmediums eingestellt wird, bestimmt das Justizministerium die Person, welche die Durchführung des Beschlusses realisiert.

3.) Organisation der Massenmedien

Artikel 14 Betriebliche und finanzielle Tätigkeit

Die betriebliche und finanzielle Tätigkeit eines Massenmediums wird durch Gesetze und andere normative Akte der Republik Lettland geregelt.

Artikel 15 Das Verhältnis von Verleger oder Herausgeber und Redaktion des Massenmediums

Das Verhältnis von Verleger oder Herausgeber und Redaktion des Massenmediums und ähnliche Beziehungen zu anderen juristischen oder physischen Personen wird durch das Gesetz der Republik Lettland durch bürgerlich-rechtliche (zivilrechtliche) und arbeitsrechtliche Verträge geregelt.

Durch bürgerlich-rechtliche (zivilrechtliche) Verträge wird bestimmt:

- 1.) Die Verpflichtung der Redaktion, Material des Verlegers oder Herausgebers zu

veröffentlichen,

- 2.) die finanzielle Tätigkeit der Redaktion,
- 3.) Die Distribution der aus dem Massenmedium erhaltenen Einnahmen,
- 4.) Die gegenseitige Verpflichtung von Verleger oder Herausgeber und Redaktion zur materiellen Versorgung der Arbeitenden entsprechend ihrer sozialen Lebensbedingungen und Produktionsverhältnissen.
- 5.) Andere bürgerrechtliche (zivilrechtliche) Beziehungen zwischen Verleger oder Herausgeber und der Redaktion.

Artikel 16 (Redakteur) Chefredakteur des Massenmediums

Der Redakteur (Chefredakteur) ist verantwortlich für den veröffentlichten Inhalt des Massenmediums.

Artikel 17 Autorenrechte

Das Material für die Publikation oder die Veröffentlichung eines Massenmediums durch das Fernsehen oder das Radio folgt das Gesetz der Republik Lettland den Normen internationaler Autorenrechte.

Artikel 18 Voraussetzungen zur Herausgabe

In jeder Ausgabe müssen folgende Daten angegeben werden:

- 1.) Name der Ausgabe oder Name der Serie und die laufende Nummer
- 2.) Ort und Jahr des Erscheinens
- 3.) Angaben über vorhergehende Ausgaben, bei nicht periodischen Ausgaben
- 4.) Herausgeber, (Institution, Organisation, Vorname, Familienname)
- 5.) Redakteur (Vorname, Familienname), Redaktion und ihre Adresse
- 6.) Druckerei, ihre Adresse, Nummer des Auftrags, Typographie
- 7.) Auflage, Preis, Volumen der Ausgabe (Registrierung in der Druckliste)
- 8.) Nummer der Registrierung

Artikel 19 Pflichtexemplare

Bei Presseerzeugnissen geht ein Pflichtexemplar an Institutionen, Organisationen nach der Bestimmung des Ministerrats der Republik Lettland.

Artikel 20 Aufbewahrung des veröffentlichten Informationsmaterials

Die Redaktion des Massenmediums ist verpflichtet, noch drei Jahre nach dem Tag der Veröffentlichung, die verwendeten Manuskripte und Dokumente zur Bearbeitung des Berichts in Presse, Radio oder Fernsehen, aufzubewahren.

Artikel 21

Widerrufung ungültiger Tatsachen

Personen, Institutionen, Unternehmen und Organisationen sind berechtigt, die Dementierung von Veröffentlichungen oder Angaben zu fordern, deren Angaben nicht den Tatsachen entsprechen.

Die öffentliche Dementierung wird in schriftlicher Form mit Namen des Redakteurs des Massenmediums innerhalb von sechs Monaten abgegeben.

In der öffentlichen Erklärung muss die ungültige Tatsache, der Ort und das Datum der Veröffentlichung aufgezeigt sein.

Der Chefredakteur muss innerhalb von sieben Tagen die öffentliche Erklärung durchsehen.

Wenn das Massenmedium nicht über Beweise verfügt, die die Veröffentlichung bestätigen, muss kurzfristig widerrufen werden.

Die Dementierung muss in der gleichen Schrift im gleichen Medium veröffentlicht werden, in der die falschen Angaben erschienen sind.

Bei Streitfällen kann die betroffene Person oder Organisation gerichtliche Vorge-

hen. Wenn das Gericht das Massenmedium für schuldig befindet, müssen die falschen Angaben entsprechend der Festlegungen in diesem Artikel richtig gestellt werden.

Das Massenmedium kann sich weigern eine Dementierung zu veröffentlichen, wenn die Fakten vom Gericht bestätigt wurden.

Artikel 22 Informationsgeheimnis

Das Massenmedium muss die Informationsquelle nicht angeben. Die informierende Person muss unbedingt der Redaktion mitteilen, wenn sie nicht genannt werden will.

Die Informationsquelle wird nur bei Forderung des Gerichts oder des Staatsanwalts genannt.

4.) Der Journalist, seine Rechte und Verpflichtungen

Artikel 23 Der Journalist

Unter einem Journalisten wird in diesem Gesetz eine Person verstanden, die Informationen sammelt, bearbeitet oder andere Materialien für ein Massenmedium herstellt, oder einen Arbeitsvertrag mit dem Massenmedium hat oder ein Mitglied des Journalistenverbands ist.

Artikel 24 Die Rechte des Journalisten

Der Journalist hat das Recht:

- 1.) legale Informationen aus legalen Quellen zu sammeln,
- 2.) Fakten zu verbreiten, außer sie unterliegen den Bestimmungen in Artikel 7 des vorliegenden Gesetzes
- 3.) sich an öffentlichen Orten aufzuhalten an denen wichtige Ereignisse passieren und offizielle Kanäle zur Übertragung von Reportagen nutzen,
- 4.) sich weigern, Material zu veröffentlichen, welches nicht seinen Überzeugungen entspricht
- 5.) Nach der Veröffentlichung seine Unterschrift zu annullieren, wenn der Inhalt im Laufe der Bearbeitung verfälscht wurde.

Um diese Rechte in Anspruch nehmen zu können, muss der Journalist, wenn es notwendig ist, seine Mitgliedschaft im Journalistenverband, Arbeit beim Massenmedium oder Namen und Vollmacht nachweisen.

Artikel 25 Verpflichtungen des Journalisten

Der Journalist ist verpflichtet

- 1.) wahre Angaben zu machen
- 2.) Bei Wunsch des Informanten vor der publizistischen Äußerung den Namen des Autors erwähnen
- 3.) Den Chefredakteur über Material zu informieren, welches von staatlichen oder anderen gesetzlich geschützten Geheimnissen handelt.
- 4.) Sich zu weigern, Angaben zu machen, die das Gesetz verletzen
- 5.) Die Rechte und Interessen des Staates, öffentlicher Organisationen, gesellschaftlicher Unternehmen und Bürgern zu wahren.

Artikel 26 Akkreditierung

Das Massenmedium kann mit Einverständnis der Organe oder bevollmächtigten Amtspersonen von Institutionen, Unternehmen und Organisationen seine Journalisten akkreditieren lassen.

Der akkreditierte Journalist hat das Recht, an öffentlichen Versammlungen oder anderen Veranstaltungen der Organisation, die die Akkreditierung ausgestellt hat, teilnehmen. Er wird ausreichend mit, von der Organisation hergestellten, Mit-

schriften, Protokollen oder anderen Dokumenten, versorgt.

Ständige Vertreter ausländischer Massenmedien in der Republik Lettland werden vom Ministerium für ausländische Angelegenheiten akkreditiert.

Die akkreditierende Organisation kann die Akkreditierung zurückziehen, wenn der Journalist Artikel 25 verletzt.

Das Ministerium für ausländische Angelegenheiten kann die Akkreditierung eines ausländischen Journalisten zurückziehen, wenn dieser die Gesetze der Republik Lettland verletzt.

5.) Verantwortung für das Übertreten des Gesetzes

Artikel 27 Grundlagenverletzung

Der Journalist ist bei der Verweigerung der Preisgabe einer geheimen Informationsquelle, für die Verbreitung falscher, die Ehre und Würde eines Menschen verleumdender Angaben, die Verbreitung staatlicher oder anderer gesetzlich geschützter Geheimnisse schuldig und trägt die Verantwortung vor dem Gesetz der Republik Lettland.

Für die Verarbeitung und Verbreitung von Massenmedien ohne Registrierung auch nach Beendigung deren Tätigkeit tragen die schuldigen Personen die Verantwortung nach den Bestimmungen des Gesetzes der Republik Lettland.

Artikel 28 Schadensersatz

Ein Massenmedium muss den Schaden, in diesem Kontext moralische Schaden, innerhalb der Bestimmungen des Gesetzes vergüten, den das Massenmedium einer physischen oder juristischen Person durch die Veröffentlichung falscher Angaben, Verleumdungen oder Beleidigungen ihrer Ehre und Würde zugefügt hat, oder die durch die Veröffentlichung von Angaben und Informationen deren Publikation gesetzlich verboten ist, angerichtet wurden.

Artikel 29 Enthebung aus der Verantwortung

Ein Massenmedium trägt nicht die Verantwortung für die Verbreitung falscher Angaben, wenn sie

- 1.) aus offiziellen Dokumenten von staatlichen Organen oder Organen der Verwaltung stammen sowie aus Mitteilungen von politischen oder öffentlichen Organisationen,
- 2.) aus Mitteilungen offizieller Nachrichtenagenturen stammen,
- 3.) von für die Veröffentlichung verantwortlichen Personen kommen

6.) Internationale Zusammenarbeit im Bereich der Massenmedien

Artikel 30 Internationale Verträge und Vereinbarungen

Die internationale Zusammenarbeit von Massenmedien wird durch Verträge und Vereinbarungen, die von höchsten staatlichen Organen und der Verwaltungen der Republiken, Massenmedien oder anderer Arbeitnehmervereinigungen, in Übereinstimmung mit dem Gesetz der Republik Lettland und internationaler Rechtsnormen geregelt.

LATVIAN ELECTRONIC MASS MEDIA ACT

Chapter I. GENERAL CONDITIONS

Article 2. The terms and definitions used for the purposes of this Act.

(1) Broadcasting is program development (compilation) and distribution (delivery for distribution) for reception by the public. Closed circuit program delivery within hotels, means of transportation, buildings is not understood as broadcasting. Program supply to adjacent buildings is not understood as broadcasting if the number of subscribers (cable terminals) is below twenty-five.

(2) Electronic mass media in terms of this Act are radio, TV, cable radio, cable TV, computer TV, teletext, RDS and other broadcasting systems.

(3) For the purposes of broadcasting an independent producer is a person engaged in production of films, commercials, separate radio or TV programs. Independent producers whose products are distributed by broadcasters shall have open sources of financing.

(4) A program service is a program or a series of programs presented and distributed using electronic means. A program may be distributed over a number of hours and networks.

(5) Program distribution is delivery via link systems (conveying of programs from the source of the technical facilities of transmission) and broadcasting.

(6) A program is an informative, analytical or other electronically presented material with a certain name and a certain volume. Programs may be periodic or non-periodic, or interrupted.

(7) Broadcasting is program dissemination for reception by the public by means of terrestrial transmitters, cable networks and/or via satellites in an open or encrypted form using part of electromagnetic oscillations spectrum on internationally allocated frequencies (for radio) and channels (for TV).

(8) Transmitter service zone is its territory of coverage.

Article 3. Principles of electronic mass media operation.

(1) Electronic mass media shall be operated by establishments or companies (hereinafter the broadcasters) holders of broadcasting licenses, rebroadcasting licenses, or cable TV (cable radio) licenses issued by the National Broadcasting Council.

(2) Broadcasters shall support the idea of an independent democratic and juristic country respecting diversity of opinions, internationally recognized human rights and shall serve the interests of Latvia's society.

(3) News shall be objective, neutral.

(4) Broadcasters shall be free and independent concerning program development and distribution as far as they are not regulated by Satversme (Constitution), this Act and other laws, technical standards of the state, such international agreements and conventions that are binding to Latvia.

(5) Latvijas valsts radio un televīzijas centrs has no right to refuse broadcasting if a broadcasting or rebroadcasting license has been granted by the national Broadcasting Council.

(6) No programs are subjected to censorship.

(7) The producers determined by this Act shall ensure all broadcasters equal rights of access to use the electromagnetic frequency spectrum.

(8) Foreign investments into enterprises and companies of electronic mass media are limited according to the Law "On Foreign Investments in the Republic of Latvia." Such investments shall not exceed 20 % and are subject to control of the National Broadcasting Council.

(9) The broadcasters' programs shall be diverse. They shall reflect views and

opinions existing in the society.

(10) Ensuring the program exchange of Latvia's broadcasters, records (fixations) of programs are exempted of customs duties on import and export.

Article 8. Limitations of media concentration and monopolization.

(1) No electronic mass media shall be monopolized to serve the interests of a party, an organization, an enterprise, a group or an individual.

(2) No regional or local electronic mass media shall be connected into networks unless it is stipulated by the national concept of electronic mass media development.

(3) Program development shall be independent. No synchronous or parallel broadcasting except children's, cultural, scientific and sports programs or reports from events or venues shall be allowed without a rebroadcasting license.

(4) No broadcasters other than public service broadcasters are allowed to establish more than three program services.

(5) An individual or his/her spouse who is a sole founder of a broadcasting organization or owns a controlling stake in it, is not allowed to exceed 25 per cent of shares in other broadcasting organizations.

(6) Political parties, establishments and companies founded and controlled by such parties are not allowed to form electronic mass media.

(7) Any person holding and elected position in an administrative body of a party and owning, sharing or controlling and electronic mass media organization has no voting power at the boards of the latter organization.

(8) An individual or entity inheriting or otherwise gaining control over a broadcasting organization as governed by paragraphs (5) and (6) of this Article shall alienate the illegal part within three months. Otherwise the part shall be confiscated.

(9) Since Latvijas valsts radio un televīzijas centrs is a natural monopoly in broadcasting it shall operate as a non-profit state company. Its statutes shall be endorsed at the Ministry of Transportation. A representative of the National Broadcasting Council shall be incorporated into Latvijas valsts radio un televīzijas centrs' board and given the veto power concerning broadcasting operations. The Council representative shall have the right to invite other broadcasters' representatives as counsellors.

Article 11. Competition for broadcasting license.

(1) The National Broadcasting Council shall announce competition for vacant frequencies and channels according to the national platform of electronic mass media development.

(2) The competition shall be announced in "Latvijas Valstnesis" bulletin and a local newspaper if the competition is opened for a local coverage frequency or channel. The announcement shall contain the following data:

- 1) form of electronic mass media (radio, TV etc.);
- 2) program requirements (duration, admissible proportion of languages, sound and picture format and quality);
- 3) technical parameters [frequency (channel), maximum power, territory];
- 4) period of validity;
- 5) deadline to start the operation;
- 6) fee for the license and measure of chancery revenue;
- 7) deadline of application;

(3) Individuals possessing legal power, legal entities or groups registered in Latvia may take part in the competition.

(4) Every competitor shall file an application indicating the name, surname, citizenship (name of legal entities) and address, as well as the founder's experience in mass media.

b) the applicant holds elected positions in the administrative bodies of political parties,

4) a declaration that the applicant is prepared to meet the requirements of paragraphs (5) and (7) of Article 8 if he/she wins the competition,

5) a document that testifies the payment of the chancery revenue,
6) documents testifying the payment of a security deposit in the value of an annual fee for the broadcasting license.

(6) The National Broadcasting Council shall publish the data on applicants, their general program concepts, their possible sources of financing in the "Latvijas Vēstnesis" bulletin and regional media concerned no later than one month before the summary of the results of the competition is announced.

Article 17. General conditions of program development.

(1) The broadcaster's program shall conform to the general program concept licensed by the national broadcasting Council.

(2) Electronic mass media organizations shall ensure that facts and events be reflected honestly, impartially and comprehensively in its broadcasts according to the universally recognized principles of ethics and journalism. Any commentary shall be accurately separated from the news and the name of the author of commentaries shall be announced.

(3) No program shall incorporate:

1) undue propaganda of violence and cruelty;

2) pornography;

3) incitement of national or racial hatred, enmity, humiliation, abasement;

4) incitements of war or military conflict;

5) incitements to subvert the state power, forcibly change the social order, destroy the country's territorial integrity or commit other crimes;

(4) Following the Acts "On Emergency" and "On Civil Defense of the Republic of Latvia" electronic mass media have the duty to broadcast the officials' announcements to the population. Commercial broadcasters shall ensure distribution of education or informative material prepared by the Ministries according to the instructions of the Cabinet of Ministers, apportioning a 30 seconds air time within the period from 18.00 to 22.00 hours.

(5) Election campaigning on electronic mass media are governed by separate rules.

(6) An electronic mass media organization may use other author's programs, films, plots and other material observing the provisions of Latvia's Act "On Copyright and Neighboring Rights" and the binding international agreements.

(7) Broadcasters whose programs do not cover the whole territory of Latvia shall not acquire exclusive rights for such important social events as: Song Festivals, Baltica Festivals, Olympic Games, World Championships and European championships in Olympic sports, any other World and European championships taking place in the Republic of Latvia other events arousing special interest of Latvia's audience.

Article 18. Special conditions of program development.

(1) The following proportions between Latvian and foreign programs shall be observed in Latvia's visual programs, except cable TV and satellite TV; between 19 and 23 hours on weekdays, between 7 and 12 and between 19 and 23 on holidays, except news, sports, games, quizzes and advertising:

- 1) at least 80% shall be European production, including;
- 2) at least 40% local Latvian productions, as averaged over a period of one month;

(2) Concerning the national subscription radio programmes produced in Latvia, the proportion of local author's music shall prevail between 7 and 22 over 40% in duration of music, averaged over a period of one month.

(3) The cooperation of electronic mass media with other (independent) producers shall take place on the basis of mutual agreements determining the contributions and liabilities of the parties.

(4) Electronic media shall not distribute programmes capable of inhibiting normal physical, mental or moral development of children or adolescents unless the broadcasting time is specially selected (between 22 and 7) or technical protection (encryption) is provided. Such broadcasts or programmes shall carry special warnings both on timetable and before transmission.

(5) Between 7 and 22 hours programme containing violence (physical or psychological) in visual or textual form, homicidal, horror-inciting scenes, plots associated with the use of drugs are interdicted. The texts shall not contain taboo expressions, impolite utterances and refer to sexual proceedings. The provisions of this part shall not concern encrypted cable TV services.

Article 19. The language of programme.

(1) Every programme shall take place in one language only. Programme fragments in other languages shall be provided with translations (subtitling, voice-over, overdubbing). This does not concern language teaching and music performances.

(2) The language of the soundtrack, or voice-over shall be deemed the programme language. The programme language shall be named in the programme review unless it is the state language.

(3) Films shall be dubbed or be provided with subtitles in Latvian. Films for children may be dubbed or carry voice-over translations into Latvian.

(4) TV programmes prepared in foreign languages, except live transmissions, rebroadcasting, foreign service, news and language teaching programmes shall be provided with subtitles in Latvian.

(5) The proportion of a broadcaster's foreign languages programmes shall not exceed 30% of the total air time. These conditions are no concern of Latvijas televīzija, Latvijas radio, cable TV, cable radio and satellite TV, satellite radio and crossborder radio and TV.

Article 21. The contents of advertising.

(1) Advertising shall be truthful and honest. It shall not misguide, carry false information or otherwise threaten the customers' interests (health, security etc.). It shall conform to the requirements of the Act on Protection of the Customers.

(2) Advertising shall observe the requirements of the Act "On Competition and Restrictions on Monopolies."

(3) Commercials targeted at children or featuring minors shall not threaten the children's interests and shall take into account the special sensitivity of children.

(4) Advertising shall not promote violence.

(5) Advertising of wine and beer shall be allowed. Advertising of all other alcohol shall be banned. Commercials advertising alcohol shall not feature minors and:

- 1) it may not be aimed specifically at minors,
- 2) it shall not link the consumption of alcohol to enhanced physical performance or to driving,
- 3) it shall not claim that alcohol has therapeutic qualities or that it is stimulant, a sedative or a means of solving personal conflicts,
- 4) it shall not present abstinence or moderation in a negative light,
- 5) it shall not place emphasis on high alcoholic content as being a positive quality of the beverages.

(6) Limitations on commercial advertising of medical and legal services, food, medicine, agricultural chemicals, as well as of companies accepting monetary deposits or issuing bills, bonds are governed by respective laws and regulations of the Cabinet of Ministers.

Article 22. Distribution of advertisements.

(1) Advertising shall be readily recognizable as such and kept quite separate from other parts of the programme service by optical and/or acoustic means. The distributed advertising shall be in the language of the broadcast or the state language. The commercials shall be presented in blocks.

(2) Distribution of advertisements during transmission of official state ceremonies shall take place exclusively by permission and shall be coordinated with the organizers of the events.

(3) Distribution of advertisements during the transmission of religious ceremonies shall take place exclusively by permission and shall be coordinated with the respective confessions or the organizers of the events.

(4) No advertising shall be allowed during the news programmes within national subscription.

(5) Air time allowed for commercials in electronic mass media shall not exceed 15% on a daily basis.

(6) advertising time shall not exceed 12 minutes within any hour.

In the programmes of national subscription advertising time shall not exceed 6 minutes in any hour if the National broadcasting Council has not set a lower margin for separate programme services, programmes or parts.

(7) distributing audiovisual works such as TV films and feature films (except serials, entertainment and documentaries) only one advertising unit is allowed in every 45 minute segment. A repeated commercial unit is admissible if the programme exceeds one or two 45 minute segments by 20 minutes. Within programme constituting transmissions of sports events, events related to sports or within performances with intermissions commercial advertising shall be placed exclusively between parts or during intervals.

(8) Advertising may take the form of subtitles, logos or sliding texts on TV on the condition that it shall not occupy more than one fifth of the screen.

(9) Advertising in the form of subtitles, logos or sliding texts on TV shall not occupy more than one fifth of the screen and shall not be present longer than 15 minutes of any hour in national subscription programmes, if the National Broadcasting Council has not set a lower limit for specific programmes or parts.

Article 25. Responsibility for advertising.

(1) The advertiser is responsible of the contents of advertisements.

(2) Both the advertiser and the electronic mass media shall be responsible for distribution of illegal or prohibited advertisements.

(3) Electronic mass media organization is responsible for legitimate distribution of advertising over the program.

Article 35. The broadcasters' rights to receive information.

(1) The broadcasters shall enjoy the right to receive information from the institutions of state power and municipal authorities, from public organizations, state and municipal enterprises.

(2) The broadcasters are guaranteed free access to produce up to 90 seconds of new reports at events of interest to the public and accessible to large masses of population

Article 36. Refutation.

(1) A person offended by a programme that has distributed false information may demand that the broadcaster should rectify the information.

(2) The application to distribute a refutation shall be submitted to the broadcaster in writing within two weeks informing the National Broadcasting Council to that effect.

(3) Refutations shall be perused within 7 days of receipt. If the broadcaster has no sufficient proof of the distributed information it shall be subject to immediate refutation.

(4) Refutations shall be distributed in the broadcaster's name and in an equally favourable position in programme and time as that given to the false information.

(5) If the broadcaster refuses to the refutation it shall inform the applicant to that effect within 7 days. The applicant is competent to apply to courts of law within 14 days. Refutation if such is demanded by a verdict, shall comply to part (4) of this Article.

Article 37. Right to reply.

(1) Any individual or legal entity insulted in a programme has the right of reply from the same electronic mass media organization without regard whether an application for a refutation has been submitted or not. The reply may be a broadcast of the insulted person's or his/her representative's recorded speech or a presentation of a text the latter person has prepared.

(2) The person wishing to benefit from the right of reply shall submit an application to the National Broadcasting Council and the broadcaster in writing within two weeks after the airing of the false data. The applicant's reply shall be attached to the application.

(7) The broadcaster may refuse to distribute the reply:

- 1) if the applicant does not have any legally justifiable interest in the distribution of the reply,
- 2) the reply is inadequately long,
- 3) the reply contains a culpable statement.

The refusal shall be given to the applicant in writing.

(8) If the insulted person has received a refusal, it may appeal to courts of law within two weeks.

*Englische Quelle: Benjamin N. Cardozo School of Law, Post-Soviet
Media and Politics, Newsletter, Nr. 30-31, Mai 1996*

LATVIA'S CODE OF JOURNALISM ETHICS

(Adopted at the Conference of the Latvian Union of Journalists on 28 April 1992)

1. THE ROLE OF THE MASS MEDIA IN SOCIETY

1.1. Freedom of speech and freedom of the press are basic elements of democracy. A free independent press, radio and TV are the most important guarantee of the democratic development of the society.

1.2. The mass media must defend the freedom of speech and freedom of press. They should not submit to any influence, that can limit the free flow of information and the usage of sources or limit the debate on any issue having significance for the society.

1.3. The duty of mass media is to protect the human rights.

2. INTEGRITY AND RESPONSIBILITY

2.1. The main task of a journalist is to provide the society with true and verified information.

2.2. The facts should be set forth objectively and clearly, relieving the main coherencies and with no misrepresentations.

2.3. Journalist carries a personal responsibility for the information presented and its interpretation.

2.4. Journalist should abstain from duties, that are against his/her convictions.

2.5. Journalist must respect the intellectual property and not to allow plagiarism.

3. EDITORIAL RESPONSIBILITY

3.1. As it is declared in the Press Law, the editor is responsible for the information presented on radio, TV or press. He/she should secure the flow or free and proper information, as will as free exchange of opinions.

3.2. The editorial board should guard their integrity, so that they may be free to act independently of any persons or groups who would like to exercise their influence.

4. RELATIONS WITH THE SOURCES

4.1. Journalist has no right to reveal the source without its permission, except if it is demanded at the court.

4.2. In particular consideration should be shown for people who cannot be expected to be aware of the effectiveness of the information and statements they give.

Journalist should take into consideration never abuse the emotions and feelings of other people, their ignorance or their failing power of judgements.

5. PUBLICATION RULES

5.1. Journalist should be critical in the choice of sources. The information should be checked and statements quoted should be verified.

5.2. In the publication journalist must always respect a person's private life, nationality, race identity and religious belief.

5.3. In the publication factual information must be clearly and unmistakably separated from comments.

5.4. There should be strict bounds between the advertisement and the author's material. The last should not imitate the advertisement, as such publications create doubts of the objectiveness of the editorial board as well as about the independence of the mass media.

5.5. Special attention should be paid using pictures out of their original context. Manipulation is inadmissible, as it creates the delusion.

Photomontage should be marked with a special sign or in the signature of the picture.

5.6. Journalist must pay a special consideration if reporting from the law courts.

The question of guilt has only be settled when a duly enforceable decisions has been made.

5.7. If incorrect information has been printed an apology for the mistake should be forthcoming as soon as possible and it should be put in a well noticeable place.

5.8. The space should be made available as soon as possible for responses from persons or institutions who and which have been made the subjects of attacks in publications.

5.9. The author of the material has rights to see it after it has been edited by the journalist and before it is published; it can be published only with the accept of the author.

6. JOURNALIST AND SOCIETY

6.1. Journalist must respect the democratic institutions and moral standards.

6.2. Journalist should stand up for human values – peace, democracy, human rights, peoples rights to self-determination.

6.3. The journalist of Latvia, having respect for the national values of other nations, should esteem the history, culture, national symbols, independence and freedom of Latvia.

Attitudes towards advertising 1999

	Estonia	Latvia	Lithuania
Overall attitude			
positive attitude	38	..	22
negative attitude	50	..	55
no answer	12	..	23
Most trustful advertising channel			
TV	20	28	38
radio	7	6	2
newspapers	29	32	15
magazines	4	3	2
outdoor posters	1	1	1
transport	1	1	0
direct mailing	16	6	4
shop windows	6	5	4
Internet	1
cinema	4
Most important advertising channel			
TV	27	36	39
radio	6	6	3
newspapers	33	32	16
magazines	4	3	3
posters	2	2	2
transport	1	1	1
direct mailing	11	4	4
shop windows	3	4	4
Internet	1
cinema	3

Source: Target Group Index Survey, Autumn 1999 (% of population 15-74 years)

17-56

Baltic Media Book 2000

Struktūra

